
Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 3. November 2014, 19.00 Uhr – 21.10 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats sowie der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin (Protokoll), Andrea Eberhöfer, Ratssekretärin-Stv. a.i. (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Andreas Gut (Militärdienst), Christine Merseburger (beruflich), Stadtpräsident Philipp Kutter (krank)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 1. September 2014
3. Weisung 34, vom 2. Dezember 2013, betreffend Schulanlage Glärnisch; Ersatz- und Neubau Kindergarten/Hort/Krippe und Schulräume; Projektierungskredit
4. Weisung 1, vom 19. Mai 2014, betreffend Volksinitiative „Ja zum offenen Gerbeplatz“
5. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 7. Juli 2014, betreffend Umsetzung des Artikels in der revidierten Polizeiverordnung gegen die Verschmutzung des öffentlichen Raums, auch „Littering“ genannt; Begründung
6. Interpellation der GP-Fraktion, vom 5. März 2014, überwiesen am 24. März 2014, betreffend Umnutzung des AuCenter-Areals; Beantwortung
7. Interpellation der SVP-/BFPW-Fraktion, vom 14. März 2014, überwiesen am 26. Mai 2014, zur Prüfung von alternativen Finanzierungsformen; Beantwortung
8. Interpellation der GP-Fraktion, vom 18. August 2014, betreffend neuem Busfahrplan; Begründung
9. Interpellation der Sachkommission, vom 31. August 2014, betreffend Umnutzung der städtischen Liegenschaft Etzelstrasse 7 für günstigen Wohnraum für Familien; Begründung
10. Postulat der SP-Fraktion, vom 2. September 2014, gegen den Verkehrskollaps am Kreisel Zuger-/Steinacherstrasse; Begründung
11. Interpellation der SVP-/BFPW-Fraktion, vom 17. September 2014, betreffend Abfallunterricht an den Wädenswiler Schulen; Begründung
12. Postulat der GP-Fraktion, vom 22. September 2014, betreffend SIA-Effizienzpfad Energie und 2000-Watt-Label für Areale; Begründung

13. Einbürgerungen:

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid begrüsst die Anwesenden in Gebärdensprache und bedankt sich bei allen, welche am Gemeinderatsausflug dabei gewesen sind und er freue sich, dass er positive Rückmeldungen dazu erhalten habe.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid begrüsst zu seiner linken Seite Simona Truttmann, welche seit 2010 im Rat gesessen und fleissig das Protokoll geschrieben habe. Heute sei sie ganz entspannt und er möchte sie offiziell verabschieden und verdanken. Jetzt sei Andrea Eberhöfer als Ratssekretärin-Stv. a.i., bis zum Stellenantritt von Ruth Schäfer am 1. Dezember 2014, Nachfolgerin von Simona Truttmann, anwesend.

Er bedankt sich bei Simona Truttmann für die tolle Arbeit und überreicht ihr einen Blumenstrauss. Sie wird mit einem Applaus verabschiedet. Simona Truttmann verkündet, dass sie heute bereits ihren ersten Arbeitstag gehabt habe. Sie habe die Arbeit mit dem Gemeinderat sehr geschätzt, sei gerne an der Sitzung dabei gewesen und habe das Protokoll gerne geschrieben; manchmal etwas mehr und manchmal etwas weniger gern. Die einen oder anderen werde sie sicher wieder in Wädenswil sehen, sei es an der Chilbi oder Fasnacht.

1.1 Eingänge

- Bericht und Antrag zur Weisung 1, vom 19. Mai 2014, betreffend Volksinitiative „Ja zum offenen Gerbeplatz“
- Bericht und Antrag zur Weisung 34, vom 2. Dezember 2013, betreffend Schulanlage Glärnisch, Ersatz- und Neubau Kindergarten/Hort/Krippe und Schulräume; Projektierungskredit
- Protokoll der GR-Sitzung vom 1. September 2014
- Postulat der GP-Fraktion, vom 22. September 2014, betreffend SIA-Effizienzpfad Energie und 2000-Watt-Label für Areale
- Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 17. September 2014, betreffend Abfallunterricht an den Wädenswiler Schulen
- Easyvote für die Abstimmungen vom 28. September 2014
- Einladung zum Herbstfest und Landschaftstag 21. September 2014
- Interpellation der Sachkommission, vom 31. August 2014, betreffend Umnutzung der städtischen Liegenschaft Etzelstrasse 7 für günstigen Wohnraum für Familien
- Postulat der SP-Fraktion, vom 2. September 2014, gegen den Verkehrskollaps am Kreisel Zuger-/Steinacherstrasse
- GR-Beschluss vom 1. September 2014
- Interpellation der GP-Fraktion, vom 18. August 2014, betreffend neuem Busfahrplan
- Einladung zur GR-Sitzung vom 1. September 2014
- GR-Protokoll vom 7. Juli 2014
- Bericht und Antrag zur Weisung 33, vom 11. November 2013, betreffend Schulanlage Steinacher, Lehrschwimmbecken; Ersatz Technik, Grundsatzentscheid und Baukredit
- Beantwortung der Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 14. März 2014, überwiesen am 26. Mai 2014, zur Prüfung von alternativen Finanzierungsformen

1.2 Überweisungen

--

1.3 Fraktionserklärung der SP

Edith Brunner, SP, nehme die Symbolik vom Gemeinderatspräsidenten gerne auf, denn es gehe auch bei ihnen ums Nachbohren. Am 4. März 2014 habe die SP ihre im Herbst 2013 lancierte Initiative „Wohnen für alle“ eingereicht. Dazu haben sie 850 Unterschriften gesammelt. Seither herrsche Funkstille. Gemäss § 133 des Gesetzes über die politischen Rechte habe der Stadtrat innert 4 Monaten dem Gemeinderat Bericht und Antrag über die Gültigkeit des Inhalts zu erstatten und müsse Stellung nehmen im Sinn von Ablehnung, Zustimmung, Gegenvorschlag oder Ausarbeitung einer ausformulierten Vorlage. Der Gemeinderat habe 9 Monate Zeit und sollte dann über den Antrag des Stadtrats entscheiden. Heute sei der 3. November 2014 und es seien genau 8 Monate verstrichen ohne dass der Stadtrat in dieser Sache aktiv geworden sei.

Mit dieser Erklärung möchte die SP-Fraktion ihre Unzufriedenheit und ihr Befremden über diese Untätigkeit ausdrücken. Sie habe beim Sammeln der Unterschriften mit vielen Bürgern

und Bürgerinnen Gespräche geführt und festgestellt, dass das fehlende Angebot von Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment etwas sei, was sie beschäftige und beunruhige. Dieses Problem stehe bei unseren Einwohnerinnen und Einwohnern ziemlich weit oben auf ihrer Sorgenliste. Daher verstehen sie nicht, warum der Stadtrat ihre Initiative auf die lange Bank schiebe und ihr offensichtlich keine grosse Bedeutung zuweise. Sie erwarten jetzt vom Stadtrat, dass er dem Gemeinderat noch in diesem Jahr einen Verfahrensentscheid unterbreite.

2. Protokollabnahme

Das Protokoll vom 1. September 2014 wird genehmigt.

28.03.80

3. Weisung 34, vom 2. Dezember 2013, betreffend Schulanlage Glärnisch, Ersatz- und Neubau Kindergarten/Hort/Krippe und Schulräume; Projektierungskredit

Eintreten:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer teilt mit, dass es in der Weisung 34 vom 2. Dezember 2013 um einen Projektierungskredit von Fr. 463'000.-- für Ersatz- und Neubauten von Kindergarten, Hort und Krippe sowie Räumlichkeiten für die Primarschule auf dem Glärnisch Areal gehe.

Im Namen der einstimmigen Sachkommission sowie der SVP-Fraktion beantrage sie Eintreten auf Weisung 34.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli bemerkt, dass es im Hinblick auf die Einstimmigkeit der Sachkommission und Befürwortung dieses Geschäfts, nach seinem Wissensstand auch der anderen Parteien, es kein Argument gebe nicht auf die vorliegende Weisung einzutreten.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 34.

Detailberatung:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer führt aus, dass wie bereits ausgeführt, man heute erst über einen Projektierungskredit für Neu- und Ersatzbauten auf der Schulanlage Glärnisch beschliesse. Das geplante Vorhaben solle bzw. müsse einen dreifachen Zweck erfüllen: Erstens die alten, sich in einem jämmerlichen Zustand befindlichen Pavillons an der Glärnischstrasse 7 und 9, werden durch einen Neubau ersetzt. Darin werden Kindergarten, Hort und Mittagstisch untergebracht. Zweitens werden ebenfalls in diesem Neubau Klassen- und Gruppenräume für die Primarschule eingerichtet, um die Platznot im Hauptschulhaus zu entschärfen. Drittens könne die Kinderkrippe Wädenswil von

der Etzelstrasse 7 in einen weiteren anforderungsgerechten Neubau an der Neudorfstrasse/Grünaustrasse umsiedeln.

Der Stadtrat habe sich für das Vorprojekt der Firma Florian Voemel Architekten AG aus Zürich entschieden. Die besondere Herausforderung des Projekts liege darin, dass es die unterschiedlichen Bedürfnisse je von Kindergarten, ausser-schulischer Betreuung und Primarschule in einem einzigen Gesamtprojekt vereint und zusätzlich städtebaulichen Aspekten und baupolizeilichen Vorschriften Rechnung trage. Viele Fliegen auf einen „Tätsch“ also.

Sie komme zur Debatte in der Sachkommission. Obwohl man heute mit Fr. 463'000.-- vergleichsweise noch über einen relativ kleinen Betrag befinden müsse, habe sich die Sachkommission mit der Weisung 34 gründlich auseinandergesetzt. Denn das vom Stadtrat in Aussicht gestellte Investitionsvolumen sei beträchtlich: 9.8 Mio. Franken soll das Bauvorhaben kosten bei einer Genauigkeit von +/- 25 %. Im Extremfall sei also mit über 12.2 Mio. Franken zu rechnen. Die Sachkommission schätze die vorausschauende und transparente Information des Stadtrats und sei auch zufrieden mit der ausgearbeiteten Weisung.

Ohne zum konkreten Investitionsbetrag oder zum detaillierten Ausbaustandard Stellung nehmen zu wollen, sei sich die Sachkommission einig, dass der Bedarf an Neu- und Ersatzbauten auf dem Glärnisch Areal an sich ausgewiesen sei. Und zwar aus folgenden Überlegungen: Eine Konzentration der vor- und ausser-schulischen Kinderbetreuung, des Kindergartens und der Primarschule auf demselben Areal, jedoch mit gebührender Abschirmung der kleinen Krippenkinder, erscheine sinnvoll. Bei den erwähnten beiden Pavillons handle es sich um „Providurien“, welche schon um die Mitte des letzten Jahrhunderts als Provisorien errichtet worden seien und heute nicht einmal mehr den Minimalanforderungen an zweckmässige Schulräume genügen. Beispielsweise Zimmertemperaturen von 16°C im Winter dürften selbst für eingefleischte Energiesparfreaks eine Zumutung sein. Weil die Fortentwicklung des Primarschulunterrichts nicht im Detail voraussehbar sei, sei es sinnvoll, wie es im Projekt vorgesehen sei, flexible Nutzungs- und Raumunterteilungsmöglichkeiten zu planen. Wichtig sei auch, dass das ganze Bauvorhaben behindertengerecht konzipiert werde.

Sie habe es schon verschiedentlich lobend erwähnt: Der Stadtrat habe vorausschauend und transparent informiert. Die Sachkommission stehe dem nicht nach und weise, ebenfalls vorausschauend, auf folgende Aspekte hin: Der Bedarf an Krippenplätzen variere erfahrungsgemäss, weil einerseits ein Kind auf mehrere Wartelisten gesetzt werde und andererseits nicht jedes Kind an fünf Wochentagen die Krippe besuche. Damit weder auf Vorrat gebaut werde, noch Bandwürmer von Wartelisten entstehen, empfehle die Sachkommission eine laufende Fühlungnahme mit der Abteilung Soziales. Ein besonderes Augenmerk verdienen die Verkehrsverhältnisse rund um das geplante Krippengebäude. Diese seien ziemlich eng. Zudem befinden sich in der Nähe noch eine Bushaltestelle und ein Entsorgungsplatz. Bei der Erschliessung sei darum speziell auf die Sicherheit der Kleinen zu achten.

Schliesslich seien bei der Vorberatung noch zwei Fragen offen gewesen, welche die Sachkommission zur Kenntnis genommen habe: Erstens müsse entlang der Grünaustrasse ein Bach offengelegt werden. Gemäss Ausführung der Dienststelle Immobilien könne der vom

AWEL geforderte Gewässerschutzraum von 11m nicht eingehalten werden. Die Sachkommission habe auf Anfrage Kenntnis davon genommen, dass das AWEL signalisiert habe, für eine angemessene Lösung Hand zu bieten.

Zweitens sei die städtebauliche Einordnung der Neu- und Ersatzbauten wegen ihrer Nähe zur Kulturhalle anspruchsvoll. Die Denkmalpflege habe das Bauvorhaben positiv gewertet. Offen sei aber noch die Eigenständigkeit der Materialisierung der Fassade im Kontext zu den bestehenden Gebäuden.

Sie komme zu den Anträgen:

Sachkommission:

1. Für den Ersatz- und Neubau von Kindergarten/Hort/Krippe und Schulräumen auf der Schulanlage Glärnisch wird zulasten des Verwaltungsvermögens ein Projektierungskredit von Fr. 463'000.-- bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

SVP-Fraktion:

Die einstimmige SVP-Fraktion beantrage Zustimmung zu den Anträgen der Sachkommission und damit zur Weisung 34. Auch die SVP politisiere aber vorausschauend und werde beim Investitionskredit darauf achten, dass mit den Steuergeldern sparsam umgegangen werde.

Sie schliesse ihre Ausführungen mit einem Dank der Sachkommission an Stadtrat Peter Schuppli und alt Stadtrat Paul Rota, ebenso an Frau Tatjana Horvath, Leiterin Abteilung Immobilien, für die Unterstützung und die speditive und kompetente Beantwortung ihrer Fragen.

Thomas Koch, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig den Antrag des Stadtrats und der Sachkommission unterstütze, den Projektierungskredit von Fr. 463'000.-- für die Schulanlage Glärnisch zu bewilligen.

Es gehe, wie man gehört habe, im jetzigen Stadium lediglich um einen Projektierungskredit. Es stelle sich heute damit einzig die Frage, ob die beabsichtigte Erneuerung der Schulanlage Glärnisch im Grundsatz nach bejaht werde, oder nicht. Wenn ja, müsse der Projektierungskredit gesprochen werden, um den ersten Schritt in Richtung Neugestaltung von Teilen der Schulanlage Glärnisch an die Hand nehmen zu können.

Die FDP-Fraktion bejahe diese Grundsatzfrage. Sie seien ebenfalls der Meinung, dass die geplanten Ersatz- und Neubauten eine Notwendigkeit darstellen. Ein „must have“ und nicht ein „nice to have“. Er müsse die Argumente, die hierzu bereits im Bericht und Antrag der Sachkommission aufgeführt worden seien, nicht wiederholen.

Die vorliegende Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Voemel überzeuge. Insbesondere erscheine es ihnen als sinnvoll, die ausser- und vorschulische Kinderbetreuung, Kindergarten und Primarschule an einem Ort zu konzentrieren, aber dennoch auf dem Areal räum-

lich zu trennen. Diese Konzentration bringe bekanntlich den willkommenen Nebeneffekt mit sich, dass das Gebäude an der Etzelstrasse 7 einer neuen Nutzung zugeführt werden könne.

Auch wenn man heute noch nicht in das Projekt als solches hineinreden soll, soll es doch erlaubt sein, schon ein paar Gedanken mit auf den Weg zu geben. Das habe die Sachkommission gemacht und die FDP-Fraktion bitte die Projektverantwortlichen, die Gedanken aufzunehmen und zu prüfen. Dies betreffe insbesondere, wie auch schon gehört, die Anzahl der Krippenplätze, die sich nach der Realität und dem Bedürfnis der Bevölkerung und nicht nach irgendwelchen vom Staat diktierten Sozial- und Familienmodellen richten sollen. Aber auch sonst soll die voraussichtliche demographische Entwicklung im Einzugsgebiet vom Glärnisch berücksichtigt werden, damit das neukonzipierte Schulhaus nicht wieder an seine Kapazitätsgrenzen stosse, sollte die Bevölkerung und damit auch die Anzahl Schulkinder wachsen. Wobei für diesen Fall, so sei ihnen erklärt worden, das Schulhaus Untermosen als Ausweichmöglichkeit zur Verfügung stehen werde, sobald dort die Oberstufe ausgezogen sei.

Beim Projekt werde auch die Raumaufteilung zu beachten sein. Heute sehe man ja bisweilen einen Hype rund um sogenannte Lernlandschaften mit dem Bedürfnis nach entsprechend grossen Räumen. Es sei zu vermuten, dass auch das Modell eines Tages überholt sei und einer anderen Unterrichtsform weichen werde. Und dann werde es wieder veränderte Raumbedürfnisse geben, beispielsweise weg von den schönen Landschaften, hin wieder zu klassischen, kleineren Schulzimmern mit konzentrierter und fokussierter Wissensvermittlung. Und um solche, heute noch unbekannte zukünftige Entwicklungen nicht von vornherein zu verunmöglichen, müsse im Projekt die Raumnutzung und -aufteilung flexibel konzipiert werden.

Edith Brunner, SP, gibt bekannt, dass auch die SP-Fraktion diese Weisung unterstütze und den Gemeinderat bitte dem Projektierungskredit zuzustimmen, weil der Bedarf, an diesen Räumen ausgewiesen sei. Sie verzichte darauf, all die Argumente, welche von Charlotte Baer schon erläutert worden seien, zu wiederholen. Was ihnen auch noch wichtig sei, dass die Krippe an einen zentral gelegenen und zu Fuss und auch mit ÖV gut erreichbaren Ort umgesiedelt werde, zu befürworten sei, da der Betrieb an der Etzelstrasse modernen Anforderungen nicht mehr gerecht werde. Die Aufhebung der vor vielen Jahren als Provisorium für den Hort und Mittagstisch erstellten Pavillons sei schon längst fällig gewesen. Dass Krippe und Hort in einem Gebäude untergebracht seien, organisatorisch und baulich dennoch getrennt bleiben, mache wegen der unterschiedlichen Alter der Kinder Sinn, könne aber auch Synergien ermöglichen. Es müsse aber sichergestellt werden, dass im Neubau der Platzbedarf von Krippe, Hort und Mittagstisch abgedeckt werden könne, weil die neuen Überbauungen im Einzugsgebiet des Schulhauses Glärnisch seien. Es scheine so, dass die Schülerzahlen und das Bedürfnis nach Betreuung weiter steigen werden. Ihnen sei auch wichtig, dass in der Detailplanung Lehrpersonen und die betroffenen Krippen- Hort- und Mittagstischleiterinnen miteinbezogen werden, damit diese ihre Bedürfnisse anmelden können.

Adrian Stucki, GP, bemerkt, dass auch von ihrer Seite klar sei, dass im Glärnisch etwas gemacht werden müsse. Er möchte noch etwas betonen, was Charlotte Baer bereits erwähnt habe. Solch eine Kinderkrippe stelle vom Zubringerdienst her besondere Anforderungen. Es werde nämlich so sein, dass die Eltern die Kinder mit dem Auto zur Kinderkrippe bringen und auch abholen werden. Dort sei der Platz sehr eng. Der Bus verkehre dort und auch eine Sammelstelle sei da. Die Grünen bitten darum bei der Projektierung von Anfang an nicht nur sehr gut auf die Sicherheit der Kleinen zu achten, sondern dass auch das Gebiet Glärnisch nicht mit grossem Autoverkehr gestört werde.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli teilt mit, dass er selber vor einigen Jahrzehnten ein Jahr in den Kindergarten Glärnisch bei Tante Gutscher und später sechs Jahre in die Primarschule im Glärnischschulhaus gegangen sei. Heute soll man die Weichen für ein neues Kapitel der Schulanlage Glärnisch stellen.

Es gehe um den Ersatz- und Neubau des Kindergartens, Hort, Krippe und Schulräumen. Dass sich seit den 50er und 60er Jahren viel geändert habe, müsse nicht speziell erwähnt werden. Die Gebäude und Einrichtungen seien ins Alter gekommen und entsprechen in verschiedener Hinsicht nicht mehr den heutigen Vorstellungen und Anforderungen.

Dass auf diesem Gebiet dringender Handlungsbedarf vorhanden sei, werde von keiner Seite bestritten. Man müsse sich nur einmal den baulichen Zustand dieser Gebäude vor Augen führen. Zudem haben sich in den letzten Jahren auch die Unterrichtsformen wesentlich verändert, was sich in einer zunehmenden Platznot äussere. Heute müsse man feststellen, dass auf dem Glärnisch-Areal Gruppen- und Unterrichtsräume sowie Platz für die Musikschule fehlen.

Und wenn man schon eine zukunftsgerichtete Lösung für die angesprochenen Platzprobleme schaffe, könne man gleichzeitig auch den „Fall“ Kinderkrippe an der Etzelstrasse 7 lösen. Auch dort stimme einiges nicht mehr, was den heutigen Anforderungen an eine neuzeitliche, den Bedürfnissen entsprechende Kinderkrippe anbelange.

Der Plan sei darum, die Kinderkrippe von der Etzelstrasse ins Glärnisch-Projekt zu integrieren. Gelingen das, werde das Gebäude an der Etzelstrasse 7 frei und könne einer anderen Nutzung, was das auch immer sein könnte, zugeführt werden. Die Sachkommission habe dazu ja schon Ideen formuliert. An Vorstellungen und Wünschen fehle es auf jeden Fall nicht.

Heute befinde und beschliesse man über eine Studie, welche vom Architekturbüro Voemel. erarbeitet worden sei. Das erarbeitete Projekt überzeuge in seiner Gesamtheit und füge sich ideal ins Glärnischareal ein. Das Projekt sehe zwei Gebäude vor; das eine Richtung Glärnischstrasse für Kindergarten, Hort und Schule und das andere Richtung Grünaustrasse für die Krippe.

Eine besondere Herausforderung werde dabei unter anderem der zuzeit unterirdisch geführte Gulmenbach sein. Der soll oder müsse nach kantonaler Vorgabe ein stückweit offengelegt werden. Dabei müsse sichergestellt werden, dass erstens die Unfallgefahr auf null

reduziert werde und zweitens, dass bei starkem Regenfall keine Überschwemmung entstehen könne.

Abschliessend bleibe zu erwähnen, dass bei den Diskussionen ums Thema Raumgestaltung sowohl die Primarlehrer, Kindergartenlehrpersonen wie auch Hort-Vertreterinnen beteiligt gewesen seien. Somit dürfe man davon ausgehen, dass es sich um ein fundiertes Vorprojekt handle, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Bauten nach dem Minergie-P-Standard richten.

Und auch mit Blick auf die als historisch eingestuften Gebäude Glärnischschulhaus und Kulturhalle sei das Projekt durchaus positiv zu bewerten. Denn es sei eine Herausforderung einen gemeinsamen Nenner zu finden von Neubauten und benachbarten denkmalgeschützten Gebäuden.

Als Fazit könne man sagen, dass aus all diesen Aspekten und weil der Bedarf für die Neu- und Ersatzbauten ausgewiesen seien, alles für die ersten Schritte spreche: Ein „Ja“ zum Projektierungskredit von Fr. 463'000.--. Ein erster Schritt zu einem grossen und finanziell anspruchsvollen Vorhaben.

Er bitte den Gemeinderat der Weisung 34 gemäss Antrag des Stadtrats und der Sachkommission zuzustimmen.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erläutert nochmals die Anträge der Sachkommission:

1. Für den Ersatz- und Neubau von Kindergarten/Hort/Krippe und Schulräumen auf der Schulanlage Glärnisch ist zulasten des Verwaltungsvermögens ein Projektierungskredit von Fr. 463'000.-- zu bewilligen.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt der Weisung 34 mit 33:0 Stimmen zu.

01.05.40

4. **Weisung 1, vom 19. Mai 2014, betreffend Volksinitiative „Ja zum offenen Gerbeplatz“**

Eintreten:

Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner führt aus, dass die Debatte zur Weisung 1 ihren Ursprung in der Initiative „Ja zum offenen Gerbeplatz“ finde, welche in Form der „allgemeinen Anregung“ durch die Grünliberale Partei am 6. Dezember 2013 eingereicht und daraufhin vom Stadtrat als gültig erklärt worden sei.

Mit der Weisung 1 habe der Stadtrat dem Gemeinderat den vorliegenden Gegenvorschlag unterbreitet und gleichzeitig die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Folge nun der Rat der stadträtlichen Empfehlung, käme die Initiative inklusive Gegenvorschlag automatisch vors Volk.

Wie bereits in den Fraktionsgesprächen und im Bericht kommuniziert, empfehle die einstimmige Raumplanungskommission Eintreten auf die Weisung 1. Gleiches könne er dem Gemeinderat auch seitens der SP-Fraktion mitteilen.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser teilt mit, dass es der Stadtrat begrüssen würde, wenn der Gemeinderat auf dieses Geschäft eintreten würde.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 1.

Detailberatung:

Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner fährt weiter, dass er persönlich es als ein Privileg erachte in Wädenswil zu wohnen. Unter anderem nähe sich dieser Umstand daraus, dass man zwar nebst einigen Bausünden auch sehr viele intakte historisch wertvolle Gebäude im Dorfkern vorfinde. Eine der meistfrequentierten Strassenzüge mit Altstadtcharakter sei die Gerbestrasse. Der Wochenmarkt sei nicht nur bei der Wädenswiler Bevölkerung sehr beliebt, sondern ziehe auch viele Leute aus den Nachbargemeinden an. Dies wäre bestimmt nicht der Fall, wäre es nicht ein ruhiger Ort mit hübschen alten Gebäuden, freundlichen Fassaden und einem wunderbaren Garten entlang dieser Strasse. Dass nun hier der Gemeinderat eine Debatte darüber führe, wie der Abschluss dieses Strassenzugs gestaltet werden soll, zeige selbstsprechend auf, wie bedeutungsvoll die Gerbestrasse für Wädenswil sei. Ein etwas anderer Eindruck erhalte man, wenn man das Augenmerk nur auf den Gerbeplatz richte. Nichts sei richtig aufeinander abgestimmt. Überall fahren vereinzelte Autos, die renovationsbedürftige Fassade des Haus Zum Zyt stehe der modernen Glasfassade der CS gegenüber und auch der Bretterverschlag des Würstchenstands könne definitiven Ansprüchen einer schönen Gestaltung bei weitem nicht genügen.

Nun habe die GLP diesen Platz mit dem Ziel ins Visier genommen, ihn von Hochbauten frei zu halten. Was damit offen bleibe sei, ob er dann für den Langsamverkehr reserviert wäre oder auch von Autos frequentiert werden könnte, wie es das Planungsbüro Uster mit seinem Vorschlag zu Handen aller Haushalte vorgeschlagen habe. Sicher sei, dass mit der Initiative alleine der Platz nicht verändert werden würde und die Kosten einer späteren Umgestaltung zu Lasten der Stadt gingen.

Mit dem Gegenvorschlag inkl. Änderungsantrag behalte man sich den Freiraum offen, den Platz architektonisch zu verändern. Dies eröffne dem Stadtrat die Möglichkeit, mit den Anliegern Verhandlungen zu führen. Schöpfe der Stadtrat das mögliche Bauvolumen voll aus, würde ein Baukörper von ähnlichem Ausmass, wie das der alten Post entstehen. Aber auch

andere Vorschläge, z.B. der des Heimatschutzforums Zürich, welcher das Haus Zum Zyt renovieren und dieses mit niedrigen kleinflächigen Economiegebäuden kombinieren möchte, verdienen eine ernsthafte Prüfung.

Die Einstimmigkeit der Kommission für den Änderungsantrag und damit gegen die Initiative, sei aus verschiedenen Gründen zustande gekommen. Hierzu möchte er eine Klammer öffnen: Im Bericht sei erwähnt gewesen, dass der Beschluss mehrheitlich entstanden sei, aber wegen einer Absenz sei dieser Beschluss einstimmig gewesen. In diesem Sinn möchte er dies noch korrigieren. Die Kommission sei der Meinung, dass mit der Initiative eine durchaus nötige Diskussion ausgelöst worden sei, aber die Initiative selber keine brauchbare Lösung für diesen Platz darstelle. Sie sei doch viel zu starr, gebe keine Antworten auf anstehende Fragen zum Verkehrsfluss und sie leiste doch auch keinen Beitrag zur Verschönerung dieses Platzes.

Auf eine Festlegung der Bauhöhe mittels der Weisung und den Änderungsanträgen haben sie bewusst verzichtet, um die Phase der Ideenfindung nicht über Gebühren zu strapazieren. Andererseits sei an dieser Stelle zu betonen, dass die Raumplanungskommission empfehle, die maximale Anzahl von 5 Geschossen nicht zu überschreiten, was einer Bauhöhe von 16.5m entspreche. Einfluss auf ihre Entscheidungsfindung haben auch die Einschätzungen durch das Beurteilungsgremium des Schlussberichts „Städtebauliche Machbarkeitsstudie“ gehabt. In Ergänzung zum Bericht des Beurteilungsgremiums habe man auch Fredy Fischli, den damaligen Präsidenten der Denkmalpflege- und Naturschutzkommission DNK, angehört. In seinen Voten habe er den Vorschlag des Stadtrats verteidigt und ihm nach Sichtung des Berichts attestiert, dass die Raumplanungskommission wörtlich *„eine ausgezeichnete Lösung ausgearbeitet habe“*. Und weiter im Text: *„Die Stadt gewinne mit dem Antrag der Raumplanungskommission einen grösseren Verhandlungsspielraum für dessen Umsetzung und einen respektablen «Gerbeplatz».“*

Verlaufen nun die Abstimmungen im Rat und beim Volk im Sinne der Raumplanungskommission, werde der Stadtrat einen öffentlichen Gestaltungsplan mit einem oder mehreren Vorschlägen unterbreiten. Die entsprechende Weisung mit dem Gestaltungsplan und der BZO-Änderung werde man dann erneut im Rat beraten.

Er komme zu den Anträgen.

1. Die einstimmige Raumplanungskommission beantragt zu Punkt 2 der Weisung folgende Änderungen des Gegenvorschlags des Stadtrats:

- a) Die maximale Ausdehnung des möglichen Baufelds Richtung Norden wird begrenzt auf eine Linie im Abstand von 16m parallel zur Verlängerung der Südfassade des Gebäudes Gerbestrasse 2, Talgarten (Assek.-Nr. 303). Dies reduziert das mögliche Baufeld um 154m².

- b) Die Fläche im nördlichen Bereich von Kat.-Nr. 6776 (Gerbestrasse) und insgesamt eine Fläche in der Grösse von mindestens 1'054m² anstelle von 900m² ist von einer baulichen Entwicklung freizuhalten.

Für Detailangaben verweise er auf den Plananhang des Berichts.

2. Die Mehrheit der Raumplanungskommission beantragt Zustimmung zu den Anträgen 1 bis 4 unter Berücksichtigung der zuvor genannten Änderungen des Gegenvorschlags.

Er schliesse seine Ausführungen mit einem Dank an Stadtrat Heini Hauser und bei der Vertreterin der Abteilung Planen und Bauen Andrea Rickenbacher für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. Den Standpunkt der SP erläutere er später in diesem Saal.

Ivano Coduri, SVP, teilt mit dass die Fraktion der SVP und BFPW diesen Mehrheitsantrag der Raumplanungskommission einstimmig unterstütze, obschon sie bei der Diskussion ziemlich hart gefightet haben.

Pierre Rappazzo, GLP, gibt bekannt, dass nur mit der Annahme der Initiative „Ja zum offenen Gerbeplatz“ der Stimmbürger letztlich sicherstelle, dass der ganze Gerbeplatz frei bleibe und dass es überhaupt einen Platz gebe, der diesen Namen verdiene. Der stadt-rätliche Gegenvorschlag und der der Raumplanungskommission überzeugen nicht. Man könnte nämlich den Eindruck bekommen, dass mit dem Gegenvorschlag gleich viel Platz frei bleibe, wie mit ihrer Initiative. Dem sei aber nicht so. Beide Gegenvorschläge verbauen einen Platz mit einem Riegel. Einzig die Länge des Riegels sei unterschiedlich. Die Interpretation, dass das Haus Zum Zyt, mit einem Gegenvorschlag erhalten werden könnte, scheine ihm sehr abenteuerlich. Daher bleibe er bei der Aussage Riegel bleibe Riegel.

Mit der Initiative werde hingegen der ganze Platz frei bleiben. Auch derjenige der CS, was baurechtliche Gründe habe. Beide Gegenvorschläge seien daher Teil einer Zubetonierungsstrategie der FDP, CVP, SVP und BFPW. Wieso dass die Grünen und die SP das Zubauen von Wädenswil auch unterstützen sei und bleibe ihm ein Rätsel.

Einige Worte noch zu den Parteien und den Medienmitteilungen. Die SVP sei Befürworter der Zuwanderungsinitiative und Eco-Pop und im Gegenzug ziehen sie munter ein Haus ums andere in Wädenswil hoch, für Leute, welche gar nicht kommen können. Wo bleibe da die Logik?

Zum Thema Verdichtung: Auch die GLP wolle dort verdichten, wo schon gebaut sei, und alles frei halten, was noch unbebaut sei. Sie wollen Wädenswil qualitativ und nicht quantitativ positionieren. Die SP feire den Gegenvorschlag der Kommission als Verhinderung eines Riegelbaus. Man werde sehen, ob die Bevölkerung ihnen das abnehme.

Der nächste Abschnitt richte sich auch an die Grünen: Anstatt diesen Riegel zu unterstützen, würden sie sich besser dafür einsetzen, dass das Haus Zum Zyt wieder in den Inventar komme, so wie es auch das unabhängige Heimatschutzforum Zürich fordere.

Die GLP wäre beispielsweise offen für solche Lösungen gewesen. Aber alles was in der Raumplanungskommission möglich gewesen sei, sei eine leichte Verkürzung des Riegels. Dies sei aus Grüner Sicht enttäuschend. Die GLP möchte auch nicht, dass der Gerbeplatz

so bleibe wie er sei. Sie würde ihn gerne frei behalten. Sie unterstützen explizit jede Schöngestaltung dieses Platzes und zwar inklusive des Teils der CS. Und auch da gebe es Verhandlungspotenzial und auch dies müsse nicht zwingend die Stadt bezahlen.

Mit dieser Initiative sage die GLP „Ja“ zu einer qualitativen Positionierung von Wädenswil und „Nein“ zur Zubetonierung. Die einstimmige GLP-Fraktion lehne beide Gegenvorschläge ab.

Marc Lütolf, CVP, teilt mit, dass die CVP ebenfalls den Gegenvorschlag der Raumplanungskommission unterstütze. Für sie sei es ein gelungenes Beispiel für die Konsensfindung über Parteigrenzen hinaus.

Aus Sicht der CVP sei eine Entwicklung des Gerbeplatzes zu einem wirklichen Stadtplatz absolut wünschenswert. Nur die Annahme des Gegenvorschlages ermögliche eine weitere Planung in diese Richtung. Denn alles ausser dem Status Quo, nämlich wenig Gerbeplatz, und dafür viel Parkplatz, sei aus ihrer Sicht ein Fortschritt. Und noch etwas zum Riegel: Er wohne im „Lagomio“ und finde es ganz schön dort.

Christian Nufer, FDP, bemerkt, dass die Weisung 1 sowohl in der Kommission als auch in der FDP-Fraktion eingehend besprochen worden sei. Die FDP-Fraktion freue sich, dass die Stadt sich entschieden habe, einen Gegenvorschlag zur Initiative vorzubringen.

Die Initiative der GLP verlange, dass der Bereich am unteren Ende der Gerbestrasse in Zukunft frei bleiben soll. Dieser Bereich im Volksmund „Gerbeplatz“ genannt, verdiene nach Ansicht der FDP die Bezeichnung „Platz“ gar nicht. Vielmehr sei es ein „geteertes Etwas“, auf dem ein paar Parkplatzfelder eingezeichnet seien. Es sei weder schön noch einladend zum Verweilen. Warum dies unbedingt genauso erhalten bleiben soll, sei für die FDP unerklärlich.

Der Gegenvorschlag der Stadt gehe die Sache anders an, indem sie versuche, einen Platz zu schaffen, der auch zum Verweilen einlade. Dies sei erreicht worden, indem der vorgesehene Platz nun allseitig eingegrenzt werde und so auch vom Strassenlärm geschützt sei. Allseitig abgeschlossen sei nämlich per Definition auch ein „Platz“. Diese Fläche könnte, wenn richtig ausgerüstet, zu einem wunderschönen innerstädtischen Platz umgebaut werden, der auch zum Verweilen einlade.

Die Raumplanungskommission habe das von der Stadt dazu vorgesehene Baufeld in der Grundfläche und Höhe noch reduziert. Das so mögliche Gebäude integriere sich bestens in die bereits vorhandenen Gebäude entlang der Seestrasse in diesem Bereich. Hier noch von einem Gebäuderiegel zu sprechen wäre gelogen. Trotz dieses möglichen Gebäudes bleibe nämlich auch die Sicht vom heutigen Taxistand in die Gerbestrasse erhalten und natürlich auch umgekehrt.

Aus diesem Grund unterstütze die FDP den Gegenvorschlag der Stadt mit den von der Raumplanungskommission beantragten Einschränkungen bezüglich Baufeldgrösse und

Höhe.

Die FDP-Fraktion sei einstimmig für Zustimmung aller in der Weisung aufgeführten Anträge sowie den Zusatzanträgen der Raumplanungskommission.

Simon Kägi, GP, erklärt, dass die Grünen diese Weisung sorgfältig geprüft und sich verschiedene Varianten ausgedacht haben, wie man den Gerbeplatz jetzt gestalten könnte. Heute Abend stehe ja nur zur Debatte ob man dort überhaupt etwas gestalten wolle oder nicht. Den Initianten der GLP sei er eigentlich dankbar, denn diese Initiative sei sehr wertvoll, weil sie ein heisses Eisen aus dem Ofen genommen habe. Ein Eisen welches seit den 70er Jahren irgendwo in Wädenswil schlummere. Eigentlich sei es lange ein Thema gewesen, welches nie zu einem Punkt gekommen sei. Er freue sich, dass dieser wichtige zentrale Ort in Wädenswil jetzt zum Gespräch werde und man damit vielleicht eine Entwicklung ermöglichen könnte.

Die Initiative sei für ihn und die Grünen eher eine Einschränkung, da sie genau das wolle, wie es jetzt sei. Ob mit oder ohne Parkplätze, aber eine Entwicklung werde so nicht möglich sein. Der Gegenvorschlag hingegen zeige auf, was für Möglichkeiten dort bestehen. Was und wie dort gebaut werde, da könne man ja zum Glück zu einem späteren Zeitpunkt bei einem öffentlichen Gestaltungsplan mitdiskutieren.

Er sei gleicher Meinung wie Pierre Rappazzo, welcher sage, dass ein Riegel ein Riegel bleibe. Das bestehende Baufeld sei zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich ein Riegel. Und dies dürfe man nicht schön oder anders reden. Es sei ein sehr grosses Gebäude und sie seien gespannt, wie das dann beim öffentlichen Gestaltungsplan daherkomme.

Wie die alte Fasnacht sei das Heimatschutzforum letzte Woche aufgetaucht. Er sei froh und er finde ihren Vorschlag spannend und hilfreich auch zum Weiterdenken. Es sei zum Glück noch nicht zu spät, weil wenn heute Abend der Gegenvorschlag angenommen werde, werde der Vorschlag des Heimatschutzforums auch weiterhin möglich sein. Es heisse nicht, dass es in Zukunft einen Riegel gebe. Wenn die Initiative angenommen werde, könne dieser Vorschlag, den andere Bürger und Bürgerinnen von Wädenswil vorgebracht haben, sicher nicht mehr möglich werden.

Er wechsele noch die Perspektive: Wenn man das Baufeld vom Bahnhof her anschau, dann sei das Gebäude riesig, auch wenn es nur das Mass der alten Post habe. Es gebe aber dem Bahnhofplatz wirklich die Perspektive eines Platzes. Jetzt laufe sich der Bahnhofplatz gegen die Gerbestrasse ein bisschen aus. Würde man dort aber ein grosses Gebäude hinstellen, dann würde auf der anderen Seite wirklich ein Platz entstehen. Dieser könnte er sich attraktiv vorstellen, weil er die nötige Grösse habe. Der Gerbeplatz zwischen der CS und dem Neubau eingeklemmt, da bezweifle er noch, ob das wirklich ein schöner Platz werde.

Was die Grünen zum heutigen Zeitpunkt wollen, sei in einer Entwicklung weiterdenken zu können und die bestehende Situation nicht länger so zu behalten.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser bedankt sich bei Daniel Tanner und der ganzen Raumplanungskommission für die gegenseitige Geduld bei der Beratung der Weisung 1.

Das Initiativrecht sei ein Grundrecht aller Bürger, das es ernst zu nehmen gelte. Der Initiativtext sei auch vordergründig nachvollziehbar und könne begründet werden. Dass der Stadtrat eine etwas differenziertere Haltung zur Initiative habe, liege im Wesentlichen in folgenden Punkten begründet: Die Frage, ob und wo ein Platz am Eingang zur Gerbestrasse zu liegen kommen soll, beschäftige den Stadtrat bereits seit mehreren Jahren. Schon als er im Jahr 2002 im Gemeinderat gewesen sei, habe es dazu eine Weisung gegeben. Damals sei etwas Ähnliches wie heute vorgeschlagen worden, jedoch schon mit einem Gestaltungsplan. Mit der Zentrumsplanung sei diese Frage des Platzes, nebst anderen städtebaulichen Fragen, im Jahr 2011 abgeklärt worden. Bereits zu diesem Zeitpunkt sei klar geworden, dass der umstrittene Ort viel Diskussionsstoff berge und nicht alle Beteiligten gleicher Meinung sein werden. Deshalb erstaune es auch nicht, dass die Initiative eingereicht worden sei.

Der Stadtrat sei klar der Meinung, dass es nicht zuletzt basierend auf den Ergebnissen der Zentrumsplanung bei der Einmündung der Gerbestrasse einen grösseren Bau vertrage. Ob man jetzt da Riegel sage, oder sonst ein Name, spiele eigentlich keine Rolle. Es müsse ein Bau sein, welcher dort in dem Raum drinnen erträglich sei.

Es sei ja so, dass ein Platz nicht alleine vom Platz lebe, sondern von der Umrandung. Wenn man irgendwo den Mailänderdom vor sich auf dem Foto sehe, dann habe es dort auch einen riesigen Platz. Aber der Platz lebe auch vom Dom im Hintergrund. Er wolle jetzt diesen Bau nicht mit dem Dom von Mailand vergleichen, aber er wolle bildlich darstellen, dass ein Platz einen Abschluss benötige. Genau gleich, wie schon von Simon Kägi erwähnt, sowohl der Bahnhofplatz wie auch der zukünftige Gerbeplatz eine Begrenzung brauche.

Mit einem grösseren Bau entlang der Seestrasse werde der ruhige Fussgängerbereich der Gerbestrasse bis hinauf zum Rosenmattpark und dem Zentrum vom lebhaften Raum um Bahnhof und Seestrasse mit viel Verkehr und Lärm abgetrennt. Dies schaffe eine städtebaulich hochwertige Situation.

Dieser Platz sei der Kern der Diskussion. In zähen Verhandlungen mit Anstössern und Grundeigentümern vertrete der Stadtrat die Anliegen der Stadt. Ziel sei es, dass mit der Vorlage des Gestaltungsplans im Laufe des nächsten Jahres, er sei jetzt optimistisch, im Parlament die Ergebnisse der Verhandlungen mit allen Beteiligten aufgezeigt werden können.

Er komme zurück zur Weisung. Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative, welche der Stadtrat ausgearbeitet habe, spiegle diese Haltung, welche er beschrieben habe und auch die Ergebnisse der Zentrumsplanung. Dass nun die Raumplanungskommission einen Änderungsantrag zum Gegenvorschlag stelle, könne der Stadtrat akzeptieren. Die Raumplanungskommission habe sehr sorgfältig recherchiert und sich in langen aber fairen Diskussionen zu diesem vernünftigen Kompromiss durchgerungen.

Der Stadtrat beantrage dem Gemeinderat diese Weisung mit den Änderungsanträgen der Raumplanungskommission zu genehmigen.

Daniel Tanner, im Namen der SP, nimmt vorweg, dass sich die SP-Fraktion erfreut über den Änderungsvorschlag der Raumplanungskommission zeige. Die SP befürworte den Änderungsantrag zur Verringerung des möglichen Baufelds vor allem deshalb, weil durch den Respektabstand zum historischen Ortsteil, das Gebäude Talgarten weiterhin in würdiger Grösse in Erscheinung treten könne.

Ergänzend hierzu, gehe er nochmals kurz auf den Platz und mögliche Projekte ein. Der Gerbeplatz werde heute von motorisierten Fahrzeugen und Fussgängern gleichermassen genutzt, wobei der Zu- und Abgang zum Bahnhof für die Fussgänger unterirdisch erfolge. Die zahlreich abgestellten Fahrzeuge wirken sich negativ auf das Wohlbefinden der Passanten. Ein lustvolles Verweilen auf dem Platz finde nur an den Tagen statt, wo Marktstände dazu einladen und die Autos vom Platz verbannt seien.

Blicke man zurück in die Entstehung des Gerbeplatzes, sei leicht zu erkennen, dass dieser als Folge der Beseitigung von Verkehrshindernissen nahe der Seestrasse entstand, aber nicht konzipiert worden sei. So sehe er dann auch aus. Ein Platz ohne Platzqualität. Mit dem vorliegenden Gegenvorschlag des Stadtrats und dem verkürzten Baufeld bestehe die Möglichkeit einen in sich stimmigen Platz zu gestalten. Eine der Möglichkeiten umfasse den Abbruch vom Haus Zum Zyt und impliziere einen Neubau mit voller Ausschöpfung des Baufelds oder Varianten davon.

Die SP wünsche sich vom Stadtrat, dass dieser den Ideenfächer öffnet und dem Rat mindestens zwei Vorschläge unterbreite. Wobei einer davon den Erhalt des Haus Zum Zyt miteinschliesse und das alte Haus in Form eines Kranzes, Marktes oder was auch immer, ergänzen würde. Sie seien gespannt, was dabei herauskomme und freuen sich auf die Vorschläge. Ein aktiv gestalteter Gerbeplatz werde garantiert eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung finden.

Schlussabstimmung:

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erläutert nochmals die Anträge der Raumplanungskommission:

- 1.1. Die maximale Ausdehnung des möglichen Baufelds Richtung Norden wird begrenzt auf eine Linie im Abstand von 16 m parallel zur Verlängerung der Südfassade des Gebäudes Gerbestrasse 2, Talgarten (Assek.-Nr. 303). Dies reduziert das mögliche Baufeld um 154 m².

Der Rat stimmt dem Antrag mit 30:3 Stimmen zu.

- 1.2. Die Fläche im nördlichen Bereich von Kat.-Nr. 6776 (Gerbestrasse) und insgesamt eine Fläche in der Grösse von mindestens 1'054 m² anstelle von 900 m² ist von einer baulichen Entwicklung freizuhalten.

Der Rat stimmt diesem Antrag mit 30:3 Stimmen zu.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erläutert nochmals die Anträge 1 bis 4 des Stadtrats gemäss Weisung

1. Die am 6. Dezember 2013 eingereichte Volksinitiative „Ja zum offenen Gerbeplatz“ der GLP wird als gültig erklärt.
2. Die Volksinitiative „Ja zum offenen Gerbeplatz“ wird abgelehnt.
3. Dem nun modifizierten Gegenvorschlag des Stadtrats zur Volksinitiative wird zugestimmt.
4. Die Vorlage ist an der Urne zu unterbreiten.

Der Rat stimmt mit 30:3 Stimmen der Weisung 34 mit Änderungen zu.

30.01/34.03

5. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 7. Juli 2014, betreffend Umsetzung des Artikels in der revidierten Polizeiverordnung gegen die Verschmutzung des öffentlichen Raums, auch „Littering“ genannt; Begründung

Ernst Grand, FDP, bemerkt, dass man mal ehrlich sein soll. Wen stört der Abfall, welcher überall herumliege nicht, sei es im Bus, Zug oder auf den Strassen. Überbleibsel von Fast-Food Essen, gebrauchte Papiertaschentücher, Zigarettenstummel, leere Zigarettschachteln, Zeitungen und vieles mehr, welches einfach so entsorgt werde. Vielleicht unbedacht, vielleicht aber auch respektlos, einfach auf öffentlichem Grund oder im ÖV hinterlassen werden.

Es sei eine Unsitte und worauf diese zurückzuführen sei, wisse man nicht genau. Vielleicht sei es eine Veränderung unserer schnelllebigen Gesellschaft, welche sich immer und überall verpflegen wolle. Diese gesellschaftliche Veränderung könne man da in Wädenswil nicht global verändern. Aber lokal könne man die Mitmenschen sensibilisieren und versuchen gewisse Verhaltensmuster zu beeinflussen.

In Wädenswil habe man sich daher auch entschieden, diesem Problem mit einer überarbeiteten Polizeiverordnung entgegenzuwirken. Zur Erinnerung: Gemäss Art. 14 der Wädenswiler Polizeiverordnung „Verunreinigung des öffentlichen Grundes und Littering“ sei es verboten, den öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Grund zu verunreinigen. Gemäss diesem Artikel können solche Verunreinigungen nebst einer Busse auch allfällige Reinigungs- und Instandstellungskosten nach sich ziehen.

Was sei aber seit der Einführung dieser neuen Polizeiverordnung überhaupt passiert? Ob man etwas davon gespürt habe? Ob es sich signifikant gebessert habe? Sie haben nichts gespürt, im Gegenteil: Der neu geschaffene Freizeitplatz „Seegüetli“ neben dem Hafen Rietliau ziehe viele Nutzer an. Nutzer, aber leider auch Verschmutzer.

Die FDP-Fraktion möchte vom Stadtrat deshalb wissen, was seit der Einführung der neuen Polizeiverordnung unternommen worden sei, um das Problem der Verunreinigung des öffentlichen Grundes zu adressieren. Konkret möchten sie wissen, was seit Inkrafttreten der neuen Polizeiverordnung unternommen worden sei, um das Problem des Litterings zu adressieren. Wie viele Kontrollen seit Inkrafttreten der neuen Polizeiverordnung durchgeführt worden seien, wie viele Verzeigungen erfolgt und welche Erkenntnisse daraus gewonnen worden seien. Weiter interessiere sie was der Stadtrat konkret bei von ihnen als kritisch beurteilten Orte/Plätze unternahme, um das Littering einzudämmen und ob der Stadtrat neben Repression und möglicher Überwachung noch weitere Ansätze zur Verbesserung der Situation sehe.

Die Interpellation betreffend Umsetzung des Artikels in der revidierten Polizeiverordnung gegen die Verschmutzung des öffentlichen Raums, auch „Littering“ genannt, geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

04.05.20/16.04.23

6. Interpellation der GP-Fraktion, vom 5. März 2014, überwiesen am 24. März 2014, betreffend Umnutzung des AuCenter-Areals; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser bemerkt, dass er zur Beantwortung der einzelnen Fragen bezüglich dieser Interpellation auf die schriftlichen Unterlagen verweise. Er gehe nur noch vereinzelt auf ein paar Punkte ein. Zu den Vorbemerkungen möchte er noch folgende Punkte ergänzen: Einige der gestellten Fragen werden erst zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Gestaltungsplans aktuell. Der Stadtrat habe sich also erst grundsätzlich für die Umzonung in eine Wohn-/Gewerbezone ausgesprochen. Um Detail sei es bis jetzt noch nicht gegangen. Alle weiteren Themen kommen erst bei der Beratung des Gestaltungsplans zur Diskussion. Dies betreffe auch Themen wie Anteil günstiger Wohnungsbau, Energienutzung und -versorgung, aber auch öffentlich nutzbare Räume oder Plätze.

Zur Umzonung selber: Es sei nicht die mangelnde Nachfrage nach Industriezonen oder nach Gewerberäumen der Grund für eine grundsätzliche Hinterfragung des Standortes Au. Sondern die Industrieflächen seien nach wie vor begehrt, dies höre man auch in den Diskussionen zur Werkstadt Zürisee. Das Areal Alcatel liege nahe am See und sei via Steinacherstrasse als Zubringer zur Autobahn erschlossen. Die Seestrasse spiele heute eher eine untergeordnete Rolle als Zubringer. Die Steinacherstrasse führe mitten durch Wohngebiete und komme oftmals auch an ihre Kapazitätsgrenzen. Das Alcatel Areal biete sich aber als hervorragendes Wohngebiet an, nicht zuletzt auch durch den nahen Bahnhof und die Nähe zu den Schulhäusern.

Ein weiterer Faktor sei die Nutzung der heutigen Bauten. Diese Bauten seien für eine grosse Firma gebaut worden und dafür zweckoptimiert. Sie seien praktisch nicht geeignet um heute mehrere kleine Firmen unterzubringen. Damit diese Räume und Gebäude weiterhin für Industrie oder Gewerbe oder auch Kultur benutzt werden können, wären grosse Investitionen notwendig. Dies nicht zuletzt auch aufgrund schärferen Vorschriften durch die Feuerpolizei.

Auch heute werden Industrie- oder Gewerbebauten zweckorientiert erstellt. Das heisse, die bestehenden Bauten auf dem Alcatel-Areal müssten abgebrochen werden um neue Bauten zu ermöglichen. Dass bei einem Abbruch die Grundsatzfrage der richtigen Zone diskutiert werden müsse, sei dem Stadtrat klar gewesen.

Zu den Schülerzahlen: Die Dienststelle Immobilien habe zusammen mit der Abteilung Schule und Jugend eine Schülerzahlenprognose gemacht. Solche Prognosen seien zwar immer mit etwas Vorsicht zu geniessen. Trotzdem sei daraus ersichtlich, dass eine Spitze von ca. 410 Schulkindern in den Jahren 2016 bis 2018 zu erwarten sei. Dies aufgrund der bereits erstellten und den kurz vor der Fertigstellung stehenden Wohnbauten in der Au. Aus diesen Bauten seien dann zum späteren Zeitpunkt aus Erfahrung nicht mehr überdurchschnittlich viele Kinder zu erwarten, dafür werden dann die Kinder aus dem Areal Au-Center erwartet.

Er hoffe, dass die Interpellanten mit den Antworten zufrieden seien.

Simon Kägi, GP, gibt bekannt, dass sie leider überhaupt nicht zufrieden seien. Er möchte verschiedene Punkte beleuchten. Zuerst etwas technisches, was früher im Rat jeweils Albert Stahel gemacht habe. Fristen scheinen etwas Schwieriges für den Stadtrat zu sein. Am 25. März 2014 haben sie diese Interpellation begründet. Am 25. Mai 2014 sei dann die Frist für die Beantwortung abgelaufen, sie haben jedoch nichts erhalten. Einen Monat später habe er nachgefragt, wo die Beantwortung dieser Interpellation sei. Es habe geheissen, dass man noch auf die aktuellsten Zahlen der Schülerentwicklung warten müsse. Konkrete Zahlen habe er heute Abend gehört. Am 15. Juli 2014 sei sie dann tatsächlich beantwortet worden. Mit diesem Vorgehen sei er nicht einverstanden. Im Geschäftsreglement des Gemeinderats stehe, dass wenn der Stadtrat für die Beantwortung mehr Zeit benötige, er beim Büro eine Fristenerstreckung verlange könne. Er bitte den Stadtrat dies einzuhalten. Diese Fristen seien festgelegt worden, damit man zügig weiterarbeiten könne und nicht 4 Monate auf Beantwortungen warten zu müssen.

Diese Interpellation komme sehr schwammig daher und ohne Fakten. Wiederholend stehe, dass man dies nicht abschliessend habe behandeln und noch nicht abschliessend habe klären können. Und wie auch heute von Heini Hauser erwähnt, vieles müsse dann im Gestaltungsplan festgelegt werden, was klar sei. Es sei aber auch klar, dass es einen privaten Gestaltungsplan geben werde. Das heisse, dass der Investor diesen machen werde. Die Stadt könne zwar kleine Wünsche anbringen, aber richtig mitreden sei nicht möglich.

Es sei schade, dass Philipp Kutter heute nicht anwesend sei. Denn bei der Weisung 35 habe er ihn sehr beeindruckt. Er habe immer wieder betont, dass man lokales Gewerbe wolle, Land kaufen wolle, weil das eine harte Währung sei. Sie wollen die Entwicklungen

steuern und beschleunigen. In dieser Klarheit, in der es der Stadtpräsident beim Rütihof gebracht habe, in dieser Klarheit hätte er es auch gerne in der Au. Und zwar für das AuCenter, welches doch eine beachtliche Fläche der Au ausmache, sehr zentral gelegen sei und die letzte grosse Entwicklung in der Au sein werde. Die Vehemenz von Philipp Kutter und allgemein vom Stadtrat vermisse er bei der Beantwortung dieser Interpellation.

Er gehe davon aus, dass der Stadtrat für die Au eine Vision haben müsse. Er müsste eine Absicht haben, was er aus diesem Stück Land machen wolle, welches so gut gelegen sei. Es gebe Visionen, dass man dort eine Mittelschule haben wolle. Das sei tiptopp, nur sei es so, dass man da im Rat dies nicht entscheiden werde, ob es eine Mittelschule gebe, sondern es werde vom Kanton entschieden. Es seien sehr gute andere Mitbewerber vorhanden, die ebenfalls eine Mittelschule wollen.

Die Stadt habe etwas vorgegeben. Sie sage, dass als Nutzweisen zwei Drittel Wohnen und ein Drittel Mischnutzung vorgegeben werden, was dann zum Beispiel die Mittelschule darstelle. Fakt sei, dass die Immobilienfirma Intershop eine riesige Ausnützungsziffer von etwa 130% präsentieren werde. Der Stadtrat schreibe in seiner Antwort, dass die nutzbare Geschossfläche immer noch kleiner sei als die heute bewilligungsfähigen Flächen gemäss Industriezone A. Gemäss seinem Zonenplan, und er hoffe, als Mitglied der Raumplanungskommission den aktuellsten zu haben, sei dies Industriezone C und nicht A. Der Stadtrat sage, dass dies ähnlich sei, aber Industriezone A und Industriezone C sei einfach nicht das Gleiche. Es bestehe ein Unterschied bei der Geschossflächigkeit, die bebaut werden könne. Bei der Zone A habe man 6 m³ auf den Quadratmeter und bei der Industriezone C seien es nur 5 m³. 130% seien auch nicht das, was man sonst in einer 4geschossigen Wohnzone bauen könne, es seien nämlich 70%. Der Stadtrat sage, dass er es noch nicht abschliessend habe klären können, was definitiv so sei.

Was sie empfinden sei, dass dort unten ein Privater sehr viel mehr Ausnützung bekommen werde. Er verlange vom Stadtrat, dass er sich überlege, was der Investor als Gegenleistung dort bieten könnte. Das eine sei die ganze Mehrwertgeschichte. Dass man diese nicht monetär abwickeln könne, wisse er, aber es gebe andere Möglichkeiten, die sich der Stadtrat überlegen müsste. Zum Beispiel der vertikale Verbindungsweg von der Au hinunter bis zum See. Der sei irgendwann einfach abgeschnitten, denn der Toblerweg verlaufe sich irgendwo. Es wäre schön, wenn sich der Stadtrat überlegen würde, wie der Verbindungsweg in der Au wieder hergestellt und geradlinig geführt werden könnte, damit die 300 Leute, die dort zu wohnen kommen, eine Verbindung zum See hätten.

Man könnte sich auch überlegen, wie man die Halbinsel Au, welche als Naherholungsgebiet sehr beliebt sei, aber ein grosses Littering Problem habe und über wenig Plätze zum Verweilen verfüge, gestaltet werden könnte und was der private Investor dazu beitragen könnte.

Man könnte sich auch überlegen, eine Filiale der Freizeitanlage in die Au zu versetzen um dort einen Mehrwert zu schaffen. So gebe es verschiedene Ideen und Philipp Kutter habe beim Rütihof diese Ideen und bringe sie in den Rat, aber beim AuCenter habe er diese nicht. Der Stadtrat folge ihm in dieser Absichtslosigkeit.

Es sei ein Anliegen, welches schon im Jahr 2011 von der EVP-Fraktion auf den Tisch gelegt worden sei, was eigentlich in der Au passiere. Auch die FDP-Fraktion habe im Jahr 2013 eine Schriftliche Anfrage zur Entwicklung des Alcatel Areals gemacht. Es habe viele Vorstösse gegeben, bei denen der Stadtrat hätte bekannt geben können, in welche Richtung er gehen wolle. Jetzt überlasse er es in seinen Augen wieder einem privaten Investor.

Es gebe die Möglichkeit von privaten oder von öffentlichen Gestaltungsplänen. Beim Privaten arbeite ein Privater den Gestaltungsplan aus und der Gemeinderat könne dazu „Ja“ oder „Nein“ sagen. Beim öffentlichen Gestaltungsplan, und der Stadtrat sehe dies beim Gerbepplatz vor, habe man mehr Einflussmöglichkeiten und der Gemeinderat und die Bevölkerung könne mitreden. Seine Abklärungen haben ergeben, um einen öffentlichen Gestaltungsplan machen zu können, benötige es ein überwiegendes öffentliches Interesse. Beispielsweise könnten dies sein: Nahbereich von Natur- und Heimatschutzobjekten, was in der Au mit der Halbinsel Au, der Fall wäre. Dann die Nähe von Stationen mit öffentlichen Verkehrsträgern, der Bahnhof sei unmittelbar daneben. Dann noch von standortgebundenen und öffentlichen Werken und Anlagen. Es gebe verschiedene Möglichkeiten und gute Begründungen, weshalb man dort einen öffentlichen Gestaltungsplan machen könnte. Er sei der Meinung dass die Au, dies verdient hätte.

Wie gesagt, er sei mit der Begründung und Beantwortung ihrer Interpellation nicht einverstanden. Er hoffe, dass dies der Stadtrat als Warnschuss nehme, weil die Intershop sich sehr warm anziehen müsse, nicht weil es jetzt Winter werde, sondern weil sie da etwas machen wollen, womit sie nicht einverstanden seien.

Beat Wiederkehr, CVP, stellt auf Anfrage von Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid gemäss Art. 50 Abs. 4 Geschäftsreglement des Gemeinderats den Antrag zur Diskussion

Abstimmung:

Der Rat stimmt einstimmig dem Antrag von Beat Wiederkehr eine Diskussion zu führen zu.

Beat Wiederkehr, CVP, stellt fest, dass die Grünen frühzeitig ein paar gewichtige Fragen im Hinblick auf die mögliche Realisierung des AuCenters stellen. Das sei gut so. Die CVP-Fraktion findet, dass bereits jetzt schon signalisiert werden müsse, dass bei diesem Projekt preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden soll. Solche Möglichkeiten müssen rechtzeitig bei der Ausarbeitung eines Gestaltungsplans verhandelt und berücksichtigt werden. Ob ein öffentlicher Gestaltungsplan die Lösung sei, werde sich zeigen. Die CVP begrüsse deshalb, dass der Stadtrat eine solche Vorgabe für das Studienauftragsverfahren eingebracht habe. Er müsse dieses Anliegen mit grösserer Vehemenz vertreten. Das sei auch ihre Forderung. Das Anliegen sei mit umso grösserem Nachdruck zu vertreten, nachdem das Zürcher Volk dem revidierten Planungs- und Baugesetz zugestimmt habe.

Die Interpellation betreffend Umnutzung des AuCenter-Areals gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

10.03.20

7. Interpellation der SVP-/BFPW-Fraktion, vom 14. März 2014, überwiesen am 26. Mai 2014, zur Prüfung von alternativen Finanzierungsformen; Beantwortung

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli, möchte die Feststellung vorausschicken, dass die Frist der Beantwortung dieser Interpellation eingehalten worden sei.

Hintergrund dieser Interpellation der SVP und BFPW sei der Investitionsschub, welcher sich gemäss Finanzierungs- und Entwicklungsplan FEP in den nächsten Jahren abzeichne. Und in diesem Zusammenhang stelle sich zwangsläufig die Frage, wie diese Investitionen finanziert werden sollen.

Schön und elegant wäre, wenn die Stadt in der Lage sei, diese Investitionen aus den eigenen erwirtschafteten Mitteln zu finanzieren, also einem operativen Cash-flow. Damit das möglich sei, brauche es zwei Voraussetzungen: Einen gesunden Haushalt und eine solide Eigenkapitalbasis. Diese Variante sei die kostengünstigste Finanzierungsart.

Wenn die beiden genannten Voraussetzungen aber nicht gegeben seien, müsse man die für die Finanzierung von Investitionen erforderlichen Mittel über eine Steuerfusserhöhung beschaffen. In den seltensten Fällen eine populäre Variante.

Eine weitere Möglichkeit sei die Fremdfinanzierung auf herkömmliche Art, also eine Kapitalaufnahme bei einer Pensionskasse, Versicherungsgesellschaft, Bank und so weiter. Das sei mit Blick auf die aktuelle Zinssituation am Geld- und Kapitalmarkt nicht uninteressant. Die letzte Geldbeschaffung von 5 Mio. Franken habe zu einem Zins von 1.57% abgewickelt werden können.

Als Alternative zu den erwähnten Finanzierungsformen biete sich schliesslich die Form einer sogenannten Public Private Partnership an, kurz PPP genannt. Diese Form beinhalte eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Investoren.

Weil aber private Investoren bei einem Projekt, welches sie mitfinanzieren, normalerweise eine Risikoprämie, man könnte auch von einer Gewinnkomponente reden, einberechnen, sei diese Finanzierungsvariante aus Sicht der öffentlichen Hand eher selten die attraktivste.

Zudem könne sich ein privater Investor in den seltensten Fällen günstiger refinanzieren wie die öffentliche Hand, weil sie dank dem Steuerfussmechanismus ein kleineres Risiko für eine allfällige Zahlungsunfähigkeit aufweise.

Komme dazu, dass es sich ein privater Investor gründlich überlege an der Finanzierung von zum Beispiel einem permanenten defizitären Hallenbad mitzumachen.

Selbstverständlich sei die Finanzabteilung bestrebt und angehalten, bei der Mittelbeschaffung professionell vorzugehen und jeweils die vorteilhafteste Offerte von vertrauenswürdigen Finanzhäusern zu nutzen. Dabei sei ein regelmässiger Kontakt mit dem Geldgeber unabdingbar, denn die Voraussetzung für gute Konditionen sei ein Vertrauensverhältnis zwischen der Finanzabteilung der Stadt und dem potenziellen Kreditgeber.

Abschliessend noch eine Anmerkung: Aus den Fehlern der Vergangenheit seien Lehren gezogen worden. So werde die Finanzabteilung künftig mit einem Finanzdienstleistungspartner zusammen arbeiten. Das Ziel dabei sei, das Schuldenmanagement bei der Stadt weiter zu professionalisieren, die Mittelbeschaffung weiter zu optimieren, die Chance auf dem Kapitalmarkt optimal zu nutzen und die Risiken so weit wie möglich zu minimieren. Das alles im Sinn der Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt.

Christina Zurfluh, SVP, bedankt sich für die Beantwortung, mit der sie wirklich zufrieden seien. Es freue sie, dass der Stadtrat den Ball aufgenommen und sich Gedanken zur Finanzierung gemacht habe.

Zuerst einmal mit operativen Grundlagen im April dieses Jahres und in einem weiteren Schritt mit dem Beizug eines externen Finanzdienstleisters im kommenden Jahr, wie man gehört habe. Sie seien darum ebenfalls gespannt auf die wirklich strategischen Ergebnisse dieser Analyse.

Weiter habe der Stadtrat ausgeführt, dass es keine gesetzlichen Vorgaben gebe, zum Besitzstand von öffentlichen Immobilien. Auch wenn es im aktuell tiefen Zinsumfeld vielleicht nur bedingt Sinn mache Alternativen zu prüfen, seien sie auch bei diesem Punkt gespannt auf die externe Einschätzung. Gerade das Thema Hallenbäder/Bäder mit Attraktionen könnte dafür eventuell gut geeignet sein.

Die Interpellation zur Prüfung von alternativen Finanzierungsformen gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

36.05.30

8. Interpellation der GP-Fraktion, vom 18. August 2014, betreffend neuem Busfahrplan; Begründung

Rita Hug, GP, erklärt: „Ich komme mir vor, wie am Ende einer Kette, total abgeschnitten.“ So quasi auf dem Abstellgleis. Das seien Worte einer älteren ÖV-Benutzerin, die im Wädenswiler Berg wohne. Wo früher alle 30 Minuten am Wochenende ein Posti Richtung Berg und umgekehrt gefahren sei, fahren heute nur noch zwei Postautos, aber 5 Minuten nacheinander. Das heisse – falls sie diese nicht erreiche, müsse sie 55 Minuten warten. Ganz ärgerlich sei es, wenn sie nach einem Konzertbesuch um 22.00 Uhr den Nachhauseweg antrete und um 22.30 Uhr am Bahnhof Wädi ankomme. Dann müsse sie 45 Minuten warten, bis sie das Postauto um 23.15 Uhr nach Hause bringe. Ähnlich schlecht angebunden an die guten Zugverbindungen seien die Quartiere Rötiboden und Eichweid. Auch ÖV-Benutzer

und Benutzerinnen aus der Au seien von der Verschlechterung des Busfahrplanes betroffen. So müssen auch sie längere Wartezeiten im Bahnhof Au auf sich nehmen.

Die Zugverbindungen von Wädenswil nach Zürich seien hervorragend, das sei keine Frage. Aber was nütze das, wenn die Züge nur für diejenigen optimal erreichbar seien, die zu Fuss an den Bahnhof gehen können. Das verleite dazu, das Auto bis zum Bahnhof zu nehmen oder sogar ganz auf das Auto umzusteigen.

Ein weiterer ärgerlicher Punkt, der die Oberstufe Wädenswil auch noch eine Stange Geld koste: Der ehemalige Kurs 164 über den Wädenswiler Berg sei vor dem Mittag so früh gelegt worden, dass die Schülerinnen und Schüler des Wädenswiler Berges den Kurs nicht mehr erreichen können. Es habe offenbar von Seiten des ZVV keine Möglichkeiten gegeben, den Kurs einige Minuten später fahren zu lassen, so dass er mit den Schulschlusszeiten um 11.50 Uhr kompatibel gewesen wäre. Im Endeffekt sei der Oberstufe nichts anderes übrig geblieben, als zusätzlich zu den bereits vorhandenen Spezialkursen nach Schönenberg und Hütten auch einen weiteren Spezialkurs um 11.55 Uhr auf den Wädenswiler Berg zu organisieren. Die Kosten von Fr. 11'000.-- pro Jahr müsse die Oberstufenschule und nicht die Stadt bezahlen. Die Oberstufenschule habe sich seit dem Jahr 2012 eingebracht und versuche im Rahmen des Auflageverfahrens Einfluss zu nehmen, aber leider vergebens.

In diesem Zusammenhang bitte die Fraktion der Grünen den Stadtrat um folgendes: Abzuklären, welche Optionen der Stadtrat sehe, um diese groben Mängel im Busfahrplan zu beheben; abzuklären, wie sich der Stadtrat für die nächste Fahrplanänderung für die ÖV-Benützer von Wädenswil, der Au und dem Wädenswiler Berg einsetzen könne; und Schwachstellen aufzudecken und Optionen zu suchen, um diese zu verbessern.

Die Fraktion der Grünen danke dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Die Interpellation betreffend neuem Busfahrplan geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

28.03.30

9. Interpellation der Sachkommission, vom 31. August 2014, betreffend Umnutzung der städtischen Liegenschaft Etzelstrasse 7 für günstigen Wohnraum für Familien; Begründung

Das Wort zur Begründung hat Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, SVP, sie führt aus, dass überall davon gesprochen werde und die Spatzen es von den Dächern pfeifen: Preisgünstiger Wohnraum für mittelständische Familien.

Man habe die Volksinitiative der CVP, die Umsetzungsvorlage mit einem Rahmenkredit von 3 Mio. Franken. - also Geld sogar - ein positiver Ausgang der letzten kantonalen Volksabstimmung, das Vier-Säulen-Konzept des Stadtrats, Messungen des Leerwohnungsbestands und neustens eine Pressemitteilung über den Abbruch und Neubauten im Hangenmoos. Es werde geredet und geplant nur etwas gebe es nicht: Ein konkretes Projekt,

geschweige denn ein Haus. Oder eben doch? Zumindest die Sachkommission meine, eines gefunden zu haben.

Die Interpellation schliesse eigentlich an, an die Weisung 34, welche man unter Traktandum 3 behandelt habe. Sofern in Umsetzung des geplanten Bauprojekts die Kinderkrippe auf das Glärnisch-Areal umgesiedelt werde, würde an der Etzelstrasse 7 ein grösseres Haus im städtischen Eigentum frei. Und weil dem Vernehmen nach noch keine Pläne über die Zukunft dieses Hauses existieren, frage die Sachkommission, ob es allenfalls in preiswerten Familienwohnraum umgenutzt werden könnte. Immerhin befinde es sich an einer vorteilhaften Lage nahe bei Schulen, Einkaufsmöglichkeiten und Bahnhof. Was jetzt noch gebraucht werde, seien einige Basisinformationen über das Haus, beispielsweise über seinen Zustand, ob sich Umbau und Renovation mit angemessenen finanziellen Mitteln überhaupt lohnen und wie viele Familien allenfalls profitieren könnten. Falsch wäre aber eine Fixierung auf dieses Haus und eine millionenteure Renovation, die am Ende nur wenigen Familien zugutekäme.

Im gleichen Zug frage die Sachkommission darum, was der Stadtrat alternativ in Umsetzung der Weisung 32 zu tun gedenke und in welchem Zeithorizont. Auch habe im Spätsommer eine Bestandesaufnahme gezeigt, dass in Wädenswil 167 Wohnungen leer stehen. Die Sachkommission frage sich, ob es darunter solche für mittelständische Familien gebe. Die Sachkommission sei schon heute gespannt auf die Beantwortung und danke dem Stadtrat für die Behandlung ihrer Interpellation.

Die Interpellation betreffend Umnutzung der städtischen Liegenschaft Etzelstrasse 7 für günstigen Wohnraum für Familien geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

36.06

10. Postulat der SP-Fraktion, vom 2. September 2014, gegen den Verkehrskollaps am Kreisel Zuger-/Steinacherstrasse; Begründung

Beatrice Gmür, SP, wolle zuerst etwas zitieren: Der Stadtrat schreibe auf seiner Webseite „Werkstatt Zürisee“: „Bereits heute kommt es zu Staus im Neubüel. Wie will die Stadt die Verkehrsprobleme lösen? Belastet ist vor allem ein Kreisel. Da kann es an gewissen Tagen zu gewissen Tageszeiten zu Rückstaus kommen. Grund dafür ist generell das wachsende Verkehrsaufkommen. Das Problem muss mit oder ohne Werkstatt Zürisee gelöst werden. Als mögliche Massnahmen ist z.B. ein Bypass in Prüfung.“

Sie habe sich gefreut zu lesen, dass der Stadtrat dies so sehe wie sie als Postulanten auch. Die Situation am Kreisel beim Rütihof sei ein Problem, welches sowieso gelöst werden müsse, Rütihof hin oder her. Der Stadtrat nenne dies, was sie als Rechtsabbieger-Spur nenne, als Bypass. Das töne so medizinisch und sie glaube nicht, dass es gerade zu einem Herzinfarkt von Wädenswil komme. Auch wenn dort einmal ein Gewerbepark entstehe. Einen Herzinfarkt haben höchstens der Buschauffeur und die Gäste, welche in diesem Stau feststecken, denn man wisse, wie eng die Busfahrpläne heutzutage seien.

Daher bitten sie den Stadtrat, bei der Lösung dieses Problems vor allem auch dem ÖV grosses Augenmerk zu schenken. Ob dies eine Busspur oder eben ein Bypass sei, oder ob man die Elterntaxis der Zurich International School angehe, kreative Lösungen seien sicher gefragt.

Was ganz sicher keine kreative Lösung sei, wäre eine Parallelstrasse zur Zugerstrasse, als Verlängerung der Fuchsenbühlstrasse. Einen Baggerzahn quer durch Bauernhof und Schrebergärten fahren zu lassen, wäre nicht zielführend. Das wäre, als ob man einem Herzpatienten einen Gartenschlauch einbauen würde. Völlig invasiv und überdimensioniert.

Dass ihr Postulat ein Anliegen der Bevölkerung aufgenommen habe, haben die Leserbriefe in der Zeitung gezeigt. Die Verkehrsentwicklung sei ein Teil der Stadtentwicklung, welche man ernst und gut betreiben müsse. Sie danke der Stadt jetzt schon, dass sie sich als Verkehrschirurgin positiv betätigen werde.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser gibt bekannt, dass der Stadtrat bereit sei, dieses Postulat entgegenzunehmen. Er sehe den Handlungsbedarf, habe diesen aber schon vor Einreichung des Postulats gesehen.

Das Postulat gegen den Verkehrskollaps an der Zuger-/Steinacherstrasse gilt als an den Stadtrat überwiesen.

31.03.40

11. Interpellation der SVP-/BFPW-Fraktion, vom 17. September 2014, betreffend Abfallunterricht an den Wädenswiler Schulen; Begründung

Christina Zurfluh, SVP, teilt mit, dass man aufgrund der Pusch Statistik (Praktischer Umweltschutz Schweiz) wisse, dass der durchgeführte Abfall Unterricht an den Wädenswil Schulen rückläufig sei. In der Vergangenheit habe jede Gemeinde einen fixen Betrag pro Einwohner erhalten, unabhängig davon, ob der Unterricht erteilt worden sei oder nicht. Künftig werde der Beitrag nicht mehr pro Einwohner geleistet, sondern nach tatsächlich absolviertem Unterricht abgerechnet.

Obwohl von den Verantwortlichen immer wieder unterstrichen werde, dass der Unterricht statfinde, aber nicht lückenlos erfasst werde, spreche die wiederkehrende Häufung von Unrat auf öffentlichem und privatem Grund in den letzten Jahren leider eine andere Sprache.

Von Seiten der Schule sei schon zu hören gewesen, dass der Abfallunterricht zu wenig attraktiv sei. Ja was heisse das genau? Was müsste geändert werden? Dazu sei bis jetzt nichts Konkretes zu hören. Dann werde mitgeteilt, es werde regelmässig „gfötzelet“ Auch da, was sei darunter zu verstehen? Wo, in welchen Gebieten finde das statt und welche Abfälle werden eingesammelt? Wie viel Zeit pro Schüler sei im letzten Schuljahr 2013/2014 dafür

aufgewendet worden? Ob man das erfasst habe? Welchen Stellenwert habe Abfallunterricht zum Beispiel bei einer Skala von 1 bis 10 bei der Unter- und bei der Oberstufe?

Auch die Schule werde in den kommenden Jahren sparen müssen. Das bedeute, dass man die Komfortzone vielleicht auch mal verlassen müsse. Es werde nicht unbeschränkt Mittel geben für Spassprogramme, sodass die Lehrer kreativ werden müssen. Abfallunterricht mit Praxisbezug könne durchaus kreativ gestaltet werden. In diesem Sinn warten sie gespannt auf die Antworten.

Die Interpellation betreffend Abfallunterricht an den Wädenswiler Schulen geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

08.08.50

12. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 22. September 2014, betreffend SIA-Effizienzpfad Energie und 2000-Watt-Label für Areale; Begründung

Simon Kägi, GP, bemerkt, dass Umweltschutz seit längerer Zeit nicht mehr nur ein Thema der Grünen sei. Ecopop wolle unter fadenscheinigen Gründen über das Bevölkerungswachstum Umweltschutz betreiben; der Golfplatz Beichlen habe blendende Argumente für mehr Biodiversität; die Grünen haben eine Kulturlandinitiative, die noch wenig gebracht habe; die SVP wolle heimisch produzierte Lebensmittel – alles Umweltschutzgründe. Auch für Private sei es ein Thema, wie zum Beispiel für den Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein SIA.

Man höre viel, dass man eine 2000-Watt-Gesellschaft sein wolle. Aber es sei sehr komplex und kompliziert was dies heisse und er werde dies bei Bedarf gerne nach der Sitzung erklären. Er möchte dies jetzt nicht wiederholen. Was aber der Punkt sei, dass die Stadt Wädenswil gesagt habe, dass sie eine Energiestadt sei und sie irgendwann eine Energiestadt Gold werden wolle. Das sei ein Ziel, das nach der 2000-Watt-Gesellschaft funktionieren werde. Wädenswil habe schon viele aktive und lobenswerte Projekte umgesetzt, wie zum Beispiel die Holzschnitzelheizung, die Solaranlage in der Alterssiedlung Bin Rääbe, effiziente Infrastruktur, und auch die Sanierungen der Hallenbäder.

Auch privaten Bauherren sei das 2000-Watt-Label immer wichtiger. Daher haben sie sich im Verein SIA überlegt, was sie machen könnten, um effizienter bauen zu können. Und wie das so sei, wenn sich Private etwas überlegen, sei dies sehr häufig praktisch ausgelegt. Sie haben sich nämlich beim Effizienzpfad Energie überlegt, wie die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, damit weniger Energie gebraucht und weniger Ausstoss vorhanden sei, schon in die Planung miteinbezogen werden können. Sie haben sich überlegt, dass dies einerseits durch Betriebsenergie gemacht werden könne, dies seien zum Beispiel Minergie A- und E-Labels. Das sei ihnen aber zu eindimensional gewesen. Sie haben sich gefragt, welche Minergien schon bei der Erstellung eines Hauses vorhanden seien. Die Initiative zeige, dass auch darauf geschaut werden könne, was mit der Mobilität passiere, welche ein Neubau bewirke. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, die gesamten Minergien in der 2000-Watt-Gesellschaft zu unterstützen. So sei es egal, ob es unter Betriebsenergie laufe, über Mobilität oder über die

Erstellung. Man könne zum Beispiel sein Haus nicht isolieren, dafür müsse man aber in den anderen Punkten extrem gut sein. Dies finde er einen sehr einleuchtenden und schlaun Weg, wie man in unserer Gesellschaft den vorhandenen Gebäudepark in der Schweiz verbessern könne.

Sie haben sich dann auch überlegt, wie ein Gebäude, das in Betrieb sei, nach den 2000-Watt-Label Geschichten funktionieren könne. Dafür haben sie einen Auswahlkatalog erschaffen, bei dem man gewisse Punkte einhalten müsse und dafür dürfe man zum Beispiel mit dem Auto zur Arbeit fahren. Das Ganze habe der Ingenieur- und Architektenverein zusammengefasst. Einerseits in einem Labeling-Produkt für grosse Areale und auf der anderen Seite in einem Effizienzpfad, in einer Richtlinie wie man bauen könnte. Dies setze aber voraus, dass es sehr grosse Flächen seien, welche bebaut werden. Es verstehe sich, dass sich dies bei einem Einfamilienhaus lohne, aber bei einem grossen Areal der Nutzen natürlich viel höher sei.

Wädenswil sei in der schönen und guten Lage, dass man zwei sehr grosse Areale habe die in Zukunft einer Umnutzung unterstehen. Das eine sei das Areal der Blattmann Metallwarenfabrik Mewa an der Zugerstrasse und das andere sei das AuCenter-Areal. Mit so einem 2000-Watt-Label oder Effizienzpfad könnten dort zukunftssträchtige und auch vorbildliche Gebäude erstellt werden, welche Wädenswil einerseits helfen könnten, das Energiestadtlabel Gold zu erreichen. Es sei nämlich nicht so, dass die Stadt dies alleine machen müsse, sondern es können auch Private mithelfen. Auf der anderen Seite würden dem im Moment absichtslosen Stadtrat beim AuCenter-Areal gewisse Richtlinien vorgeben, was dort sonst noch von einem Investor gefordert werden könnte. Er hoffe, dass der Stadtrat bereit sei, ihr Anliegen zu prüfen und ihr Postulat entgegen zu nehmen.

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher gibt bekannt, dass der Stadtrat das Postulat betreffend SIA-Effizienzpfad Energie und 2000-Watt-Label für Areale nicht entgegen nehmen wolle. Was seien die Gründe für diese Haltung des Stadtrates? Sie seien nicht der Meinung, dass Verschärfungen und Auflagen mit Änderungen in der Bau- und Zonenordnung gemacht werden müssen. Das gebe Einschränkungen bei Arealüberbauungen. Somit wären diese Auflagen kein Zückerli für Investoren sondern Auflagen, die sicher nur abschrecken und gute Gründe geben, bestehende Industriebrachen noch länger brach liegen zu lassen, und so werden keine zukunftsweisenden Ersatzbauten realisiert.

Er beantrage respektive empfehle auch dem Gemeinderat das Postulat betreffend SIA-Effizienzpfad Energie und 2000-Watt-Label für Areale, nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Thomas Koch, FDP-Fraktion, bedankt sich für die Mühe der Grünen, das Hintergrundwissen zur 2000-Watt-Gesellschaft da auf drei Seiten so schön in Kästchen aufbereitet zu haben. Ebenfalls danke er Simon Kägi für seine heutigen, weiterführenden Erklärungen. Es gehe aber bei dem Postulat gar nicht um die Grundsatzfrage, ob die 2000 Watt-Gesellschaft ein visionärer Königsweg einer zukünftigen Energiepolitik oder nur eine utopische Vorstellung sei. Darüber könne man gerne mal an einem anderem Ort diskutieren: Es wäre sicherlich spannend zu erfahren, wie sich das Energieverbrauchs niveau von 1960, damals seien

wir bei 2000 Watt gewesen, mit unserem heutigen Wohlstand, Lebensqualität und Grundbedarf an Energie für die Aufrechterhaltung von unserer Infrastruktur, Wirtschaft, Verkehr, etc. vereinbaren lasse.

Bei dieser späteren Diskussion werde man vermutlich einen gemeinsamen Nenner finden: Nämlich, dass ein erwünschtes Absenken vom Gesamtenergieverbrauch nur dann nicht mehr utopisch bleibe, wenn jeder einzelne seinen Betrag dazu leiste, sich in seinem eigenen Lebensbereich einschränke oder sein Verhalten ändere. Und dass man eine solche Verhaltensänderung nicht erreicht durch Verbot oder Bevormundung durch den Staat und Regulierungen, die innovative Vorhaben unterbinden, sondern durch Überzeugungsarbeit und Freiwilligkeit sowie durch das Schaffen von Anreizen.

Und genau von diesem gemeinsamen Nenner entferne sich das vorliegende Postulat nach Meinung der FDP-Fraktion. Die Aufforderung, sich Richtung 2000-Watt-Gesellschaft zu bewegen, richte sich da nicht an die Allgemeinheit – auch nicht an die Postulanten selber – sondern an andere. Es handle sich nicht um die Stadt Wädenswil, die über das Blattmann Areal und das AuCenter-Areal verfüge, wie dies im zweitletzten Absatz vom Postulat stehe. Sondern es handle sich um private Eigentümer, die in ihrer Entscheidung, wie sie ihr eigenes Areal inskünftig entwickeln wollen, mit Auflagen, Verboten und Vorgaben eingeschränkt werden. Es sollen also andere den Kopf hinhalten, damit man uns mit einem Wohlfühllabel schmücken könne. Das sei Sankt Florianspolitik und habe nichts mit dem Ziel, das Verhalten der Allgemeinheit positiv zu verändern, zu tun.

Die im Postulat propagierten Vorgaben an eine mögliche künftige Überbauung dieser beiden Areale kollidieren aber auch mit einem anderen gemeinsamen Nenner, den man hier im Rat gefunden und auch heute diskutiert habe. Nämlich, dass man in Wädenswil auch bezahlbare Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten anstreben wolle. Man müsse kein Prophet sein, aber eine zwangsweise Umsetzung von all diesen Vorgaben, die in den Kästchen Hintergrundwissen verlangt werden, werde zwingend zu einer Verteuerung der Bauten und damit schlussendlich auch der Wohnungskosten führen.

Die FDP-Fraktion sei überzeugt, dass Zwang, Verbot, St. Florian, Eingriff ins Privateigentum und verteuerte Wohnkosten nicht dazu führen werden, die Allgemeinheit für die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu gewinnen. Mit solchen Massnahmen werde die 2000-Watt-Gesellschaft wirklich eine Utopie bleiben. Sie seien daher ebenfalls für Nicht-Überweisung von dem im Ansatz interessanten, in der Umsetzung aber falschen Postulat.

Adrian Stucki, GP, stellt fest, dass man in der sehr kurzen Beantwortung von Ernst Brupbacher gesehen habe, wie unwichtig diese ganze Geschichte für den Stadtrat sei. Man wolle eine Energiestadt Gold werden und dies wäre ein Schritt in diese Richtung gewesen.

Simon Kägi habe vorher aus seiner Sicht 10 Minuten sehr gut plädiert. Er habe gesagt, dass man Wert abschöpfen soll. Man habe aber gerade von Ernst Brupbacher gehört, dass er den Investoren Zuckerli geben wolle. Er wisse gar nicht, warum man diesen Investoren immer Zuckerli geben müsse. Man vergebe Geld und Geld und diese profitieren und verdienen sich dumm und dämlich zeitweise daran. Aber die Stadt habe nichts davon und sie

wolle immer noch nach den ganzen Diskussionen Zückerli vergeben. Dies könne er einfach nicht verstehen.

Gestern sei gerade wieder ein Bericht erschienen, dass eine 2 Grad Erwärmung bis im Jahr 2050 eine Tatsache sei. Da wolle und müsse man etwas machen. Er wendet sich an Thomas Koch: Es wäre schön, wenn man der Allgemeinheit diese Verantwortung übergeben könnte. Aber leider funktioniere dies nicht. Ressourcenwert und Verbrauch werde gemacht, jeder lebe über seine Verhältnisse. Leider sei dies so und daher seien manchmal gewisse Massnahmen und Verbote notwendig.

Simon Kägi, GP, teilt mit, dass er vom Stadtrat enttäuscht sei. Es wäre eine weitere Möglichkeit gewesen, um privaten Investoren auf Augenhöhe begegnen zu können und etwas zu fordern. Man habe es gehört, die Alcatel befinde sich in der Industriezone C, dort sei in der Bau- und Zonenordnung eine Höhe von 13.5 m vorgeschrieben. Dort etwas zu bauen, werde nicht wirklich gewinnbringend sein.

So ein Label oder auch der von Privaten ausgearbeiteten Plan, wie man bauen könnte, wäre ein Mehrwert gewesen, bei dem man sagen könnte, dass man über mehr Ausnützungsziffer diskutiere oder man über diese Zückerli spreche. Aber diese Zückerli werden nicht einfach so vergeben. Er wendet sich an Thomas Koch: Gewisse Regulierungen seien bei ganz vielen Sachen notwendig. Man habe Normierungen, ISO-Werte usw. auch aus wirtschaftlichen Gründen, damit zum Beispiel alle Bananen auf ein Palett passen. Alles Einschränkungen, welche wir der Wirtschaftlichkeit zuliebe hinnehmen. Man wolle diese Normierungen aber nicht, wenn es darum gehe, die Umwelt zu schützen. Es sei nicht etwas, was die Grünen herausgefunden haben und dies lässig finden würden zum Bauen. Sondern es seien Private, Ingenieure und Architekten, welche sich diese Sache genau überlegt haben und eben genauso, dass eine gewisse Flexibilität vorhanden sei. Das Alcatel Areal liege sehr nahe beim Bahnhof, dort könnte man zum Beispiel weniger Parkplätze nehmen, was die Au massiv entlasten würde und den ÖV stärken.

Noch zum teuren Wohnungsbau: Vor ein paar Monaten sei in Zürich die Genossenschaft Kalkbreite eröffnet worden, worüber man viele Artikel in der Zeitung habe lesen können. Es sei ein Gebäude, welches nach genau diesem Label gebaut worden sei. Es seien Genossenschaftswohnungen mit 100m² unter Fr. 2'000.-- Mietkosten.

Er bitte den Gemeinderat eindringlich, dieses Postulat zu unterstützen, um dem Stadtrat einen Schub zu geben für die Areale, welche wichtig in Wädenswil seien und eine Entwicklung möglich sei, denn man werde sich damit nichts verbauen.

Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass man bei der ganzen Diskussion gesehen habe, dass der Stadtrat in Sachen Energie bisher nicht untätig gewesen sei. Man müsse sehen, dass dem Gemeinderat in Kürze bald eine Weisung zum Masterplan Energie vorgelegt werde, welcher die Stadt wiederkehrend über die nächsten paar Jahre 200'000 Franken jährlich koste. Er hoffe wirklich, dass diese Weisung bald in den Rat zur vorberatenden Kommission komme und im Zusammenhang mit dieser Weisung soll dann das Energiethema für unsere

Stadt gesamtheitlich und in einem konzeptionellen Rahmen geprüft und die weiteren Weichen gestellt werden. Aus diesen Überlegungen stimme die CVP gegen die Überweisung des Vorstosses.

Pierre Rappazzo, GLP, findet, dass diese Diskussion ganz deutlich zeige, dass der Stadt nach wie vor eine legitimierte Raumplanungsstrategie fehle. Und er sei eigentlich ganz froh, dass dies heute stattfindet, denn man sehe jetzt genau, wie es nachher beim Gerbeplatz weitergehen werde, wenn es dann um die Erstellung des Gestaltungsplans gehe. Die einzigen, welche dieses Postulat unterstützen seien die GLP und vielleicht noch die SP. Er sei auch der Meinung, wenn man dies umzonen würde, dann wenigstens Auflagen gemacht werden sollten, welche zukunftsweisend seien.

Christian Gross, SP, gibt bekannt, dass die SP den Vorschlag der Grünen unterstützenswert halten. Die Umweltprobleme werden in unserer Welt zunehmend wichtiger. Da gelte auch die Freiwilligkeit, dass man dies vermeide. Seit 1960 habe man die Freiwilligkeit, oder auch schon vorher, und es werde halt einfach nicht besser. Es gehe nicht darum, dass man den Investoren schade. Es gehe darum, dass man einen Teil des Mehrwerts wieder abschöpfe, welche diese grossen Projekte ermöglichen. Es gehe eben darum, dass man ihnen nicht so viele Zuckerli gebe, bis sie plötzlich Diabetes bekommen.

Wädenswil soll auch einen Beitrag leisten, für eine nachhaltigere Schweiz, für eine nachhaltigere Welt und dies nicht nur, weil es im Energiestadt Label so schön glänze. Es gehe darum, weil es einfach nicht anders gehe.

Abstimmung:

Der Rat stimmt mehrheitlich gegen die Überweisung des Postulats an den Stadtrat.

Das Postulat der Fraktion der Grünen, vom 22. September 2014, betreffend SIA-Effizienzpfad Energie und 2000-Watt-Labe für Areale wird nicht an den Stadtrat überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

06.03.01

13. Einbürgerungen:

Die Einbürgerungsgeschäfte werden behandelt.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehältlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Er bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid keine Einwände erhoben.

Andrea Eberhöfer, Sekretärin-Stv. a.i. (Protokoll)